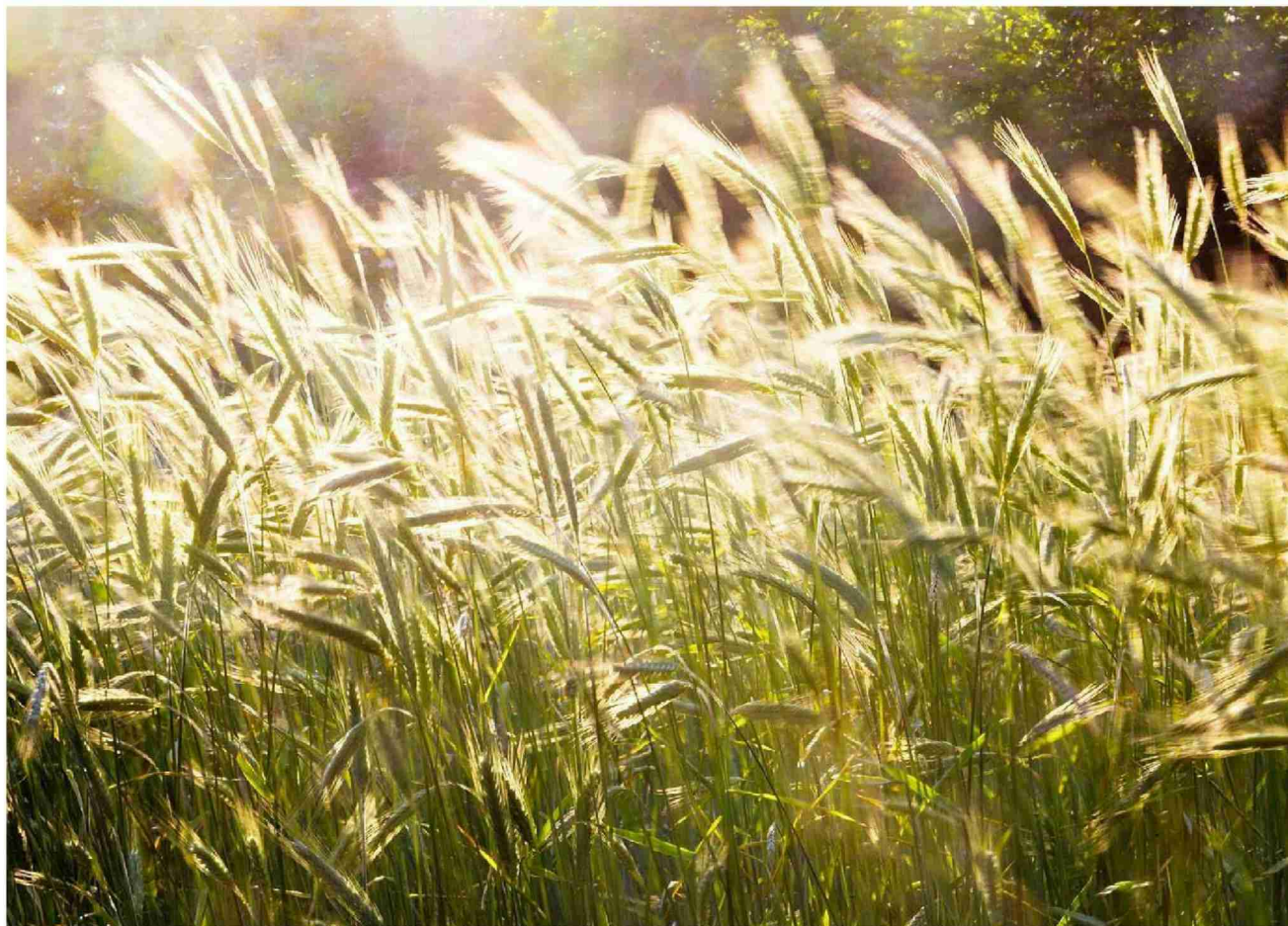


Konservative Bauern gehen gestärkt in den Kampf um mehr Geld

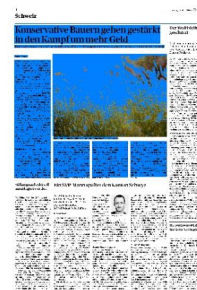
Der Nationalrat unterstützt die Initiative für «Ernährungssicherheit» – deren Folgen sich nur erahnen lassen.



Bio soll nicht mehr über allem stehen: Roggenhalme im Wind. Foto: Keystone

Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 42'417
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 541.003
Abo-Nr.: 1008268
Seite: 4
Fläche: 57'801 mm²

Fabian Renz

«Geben wir den Bäuerinnen und Bauern wieder den Berufsstolz zurück!» Mit eindringlichen Worten bewarb Toni Brunner, SVP-Präsident und Landwirt, gestern im Nationalrat die Volksinitiative für «Ernährungssicherheit». Brunner war nur einer von rund 50 Rednern, die sich in einer siebenstündigen, emotionalen Debatte über das Anliegen des Schweizer Bauernverbands äusserten. Dieser bewies am Ende wieder einmal seine stupende Schlagkraft, als er den Nationalrat mit 91 zu 83 Stimmen hinter sich brachte - trotz Widerstand des Bundesrats, der nationalrätlichen Wirtschaftskommission und zahlreicher Verbände. Die Fraktionen von SVP, CVP und BDP votierten mit grossen Mehrheiten für die Ja-Parole; dank der Stimmenthaltung der Grünen waren sie am Ende in der Überzahl. Zwar dürfte der Ständerat die Initiative eher ablehnen. Doch so oder so gehen die Bauern jetzt gestärkt in den Abstimmungskampf.

Welchem Ziel indes dieser Kampf dient, bleibt auch nach dem gestrigen Redemarathon nebulös. Primär verlangt die Initiative, die «einheimische Produktion» von Lebensmitteln zu «stärken»; gewünscht werden überdies Massnahmen gegen den Kulturlandverlust und gegen den administrativen Aufwand sowie eine «angemessene Investitionssicherheit». Konkreter wird der Text nicht - trotzdem verlangt er vom Bundesrat spätestens zwei Jahre nach Annahme der Initiative «entsprechende Gesetzesbestimmungen».

Zurück in die Vergangenheit?

Über Stunden hinweg versuchten die Gegner der Initiative gestern, den Kreisen um Bauernpräsident Markus Ritter (CVP, SG) mehr zu entlocken. Wiederholt wurden Ritter und seine Verbündeten mit dem Vorwurf konfrontiert, sie wollten die agrarpolitischen Reformen der jüngsten Zeit rückgängig machen. In der Tat wird die Initiative vor allem im konservativen Lager unterstützt, das

sich in den letzten Jahren vergebens gegen mehr Markt und Ökologie in der

Subventionspraxis gewehrt hatte. Ritter verwahrte sich gestern allerdings gegen den Verdacht, er wolle zur Agrarpolitik früherer Zeiten zurückkehren, etwa zu Subventionen für Massentierhaltung. Er verwies stattdessen auf eine Charta, die der Bauernverband im November verabschiedet hatte: Dort seien die Ziele der Initiative ausformuliert.

Allerdings liefert auch dieses Papier eher Indizien als Handfestes. Immerhin wird einigermaßen deutlich gefordert, dass Bauernbetriebe mit naturnaher Produktion (Bio usw.) gegenüber konventionell arbeitenden Landwirten nicht bevorzugt werden sollen. Die Politik müsse den Landwirten für ihre Lebensmittel «kostendeckende Produzentenpreise» gewährleisten, und von einer Marköffnung gegenüber dem Ausland sei strikte abzusehen.

Es geht bei dem Kampf also um Geld für konservative Landwirte. Freilich enthalten Initiative und Charta auch Ziele mit umweltnaher Stossrichtung - was teilweise erklärt, warum die Grünen dem Anliegen keinen Widerstand entgegenbringen. So enthält das Papier des Bauernverbands etwa ein Bekenntnis zu «besonders tierfreundlichen Haltungsförmlichkeiten», zu Ökobilanzflächen und zum Gentechverbot.

Politisch von Belang ist im Übrigen, dass die Grünen selber mit einem Ernährungs-Volksbegehren in den Ring steigen. Für ihre Fair-Food-Initiative, die sich ebenfalls gegen den Agrar Freihandel richtet, hoffen sie auf Support unter Bauern. Ende Monat will zudem ein Komitee eine Initiative einreichen, die «Ernährungssouveränität» fordert. Sie gleicht der Initiative des Bauernverbands zum Teil, geht aber über diese hinaus. Die Stimmbürger werden sich in den kommenden Jahren also intensiv mit ihrem Essen befassen dürfen - und mit dem Preis, den sie dafür zahlen wollen.